

Drucken

In Ukraine-Krise**Schröder-Putin-Connection: In einem Bundesland ist der alte Kanzler mächtiger als der neue**

Montag, 07.02.2022, 14:07 · · von FOCUS-Online-Korrespondent [Ulrich Reitz \(https://www.focus.de/intern/impressum/autoren/ulrich-reitz_id_4541276.html\)](https://www.focus.de/intern/impressum/autoren/ulrich-reitz_id_4541276.html)

FOCUS-Online-Korrespondent [Ulrich Reitz \(https://www.focus.de/intern/impressum/autoren/ulrich-reitz_id_4541276.html\)](https://www.focus.de/intern/impressum/autoren/ulrich-reitz_id_4541276.html)

Montag, 07.02.2022, 14:07(https://www.focus.de/archiv/politik/07-02-2022/)

Kanzler Scholz trifft heute US-Präsidenten Biden. Dabei wird es um die Ukraine-Politik gehen und um das Misstrauen, das sich in den USA gegenüber Deutschland inzwischen aufgebaut hat. Ein Grund dafür sind Äußerungen von Ex-Kanzler Schröder. Die Union verlangt von Scholz eine klare Distanzierung. Und richtet ihren Blick auf das Putin-Schröder-Netzwerk in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Besuch von Olaf Scholz bei Joe Biden ist weitaus mehr als ein unverbindlicher Antrittsbesuch des deutschen Bundeskanzlers beim amerikanischen Präsidenten. Hinter der Diskussion über Sanktionen im Fall eines von der Nato befürchteten [russischen\(https://www.focus.de/orte/russland/\)](https://www.focus.de/orte/russland/) Angriffs auf die Ukraine steht eine Befürchtung: Sind die Deutschen als Partner der westlichen Allianz überhaupt noch verlässlich?

Für erhebliche Irritationen sorgt derzeit Scholz sozialdemokratischer Kanzler-Vorgänger Gerhard Schröder. Trotz des Aufmarsches von mehr als 100.000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine und inzwischen auch in Belarus hatte Schröder der Ukraine „Säbelrassel“ vorgeworfen.

Schröder ist schon lange nicht mehr „nur“ Ex-Kanzler, sondern auch Rohstoffmanager in russischen Diensten. Als Aufsichtsratsvorsitzender von Rosneft, als Kuratoriumschef der Nord Stream 2 Pipeline und demnächst auch noch als Aufsichtsrat von Gazprom.

Scharfe Kritik an Gerhard Schröder: „An Peinlichkeit nicht zu überbieten“

Woraus sich die Frage ableitet: Wieviel Gerhard Schröder steckt in der SPD? Über den Besuch von Scholz in den USA, Schröder als Einflussfaktor der deutsch-amerikanischen Beziehungen und etwaige deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine hat FOCUS Online mit Thorsten Frei gesprochen, dem Parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag.

Schröders Verhalten sei „an Peinlichkeit nicht zu überbieten“, urteilt Frei. Man könne, was der Altkanzler so sage, auch nicht abtun, so, als habe Schröder nichts mehr zu tun mit seiner früheren Aufgabe als Regierungschef. Es sei „immer so“ gewesen, dass „auch ein Ex-Kanzler wichtiger Teil der deutschen Politik geblieben ist“.

Das sei auch die Idee hinter der Ausstattung eines Ex-Kanzlers über dessen Amtszeit hinaus. Stets sei es so gewesen, „dass ein ehemaliger Regierungschef seine Erfahrungen und seine Kontakte zum Wohl unseres Landes eingesetzt“ habe. Schröder selbst nennt sein Engagement im Dienst russischer Firmen seine Privatsache. Das stimme nicht, sagt Frei, denn: „Auch ein deutscher Ex-Kanzler vertritt deutsche Interessen.“

Schröder sei „der erste Bundeskanzler, bei dem dies anders ist“. Denn Schröder „agiert gegen die deutschen Interessen“. Mit seinen „eindeutigen Stellungnahmen zugunsten von Putin“ und der gleichzeitigen Übernahme wichtiger Ämter im von Putin gesteuerten industriellen Rohstoff-Komplex „handelt Schröder nicht im deutschen, sondern im russischen und im eigenwirtschaftlichen Interesse“. Dies sei „eines ehemaligen deutschen Kanzlers unwürdig“.

Union: Schröder stifte einen „großen außenpolitischen Schaden“

Schröder stifte einen „großen außenpolitischen Schaden“, denn: „Seine Äußerungen kosten die aktuelle deutsche Politik im Ausland erheblich an Glaubwürdigkeit“, sagt Frei. Schließlich: Bundeskanzler Olaf Scholz werde „im Ausland, bei unseren Verbündeten [in Europa\(https://www.focus.de/orte/europa/\)](https://www.focus.de/orte/europa/) und in den USA, eben als Repräsentant der Schröder-Partei wahrgenommen“.

Deshalb, so Frei, müsse sich Scholz „ganz klar vom ihm distanzieren“. Die Feststellung des Kanzlers, nach der deutschen Verfassungsordnung gebe es nur einen Bundeskanzler, und das sei er, beschreibe eine „pure Selbstverständlichkeit“. Und mache damit aufmerksam „auf ein ganz anderes Problem: die Stellung des Bundeskanzlers in den eigenen Reihen, die offensichtlich nicht unumstritten ist“.

In der US-Zeitung „Washington Post“ war Scholz dem Vorwurf entgegengetreten, die Bundesregierung sei ein unzuverlässiger Bündnispartner. „Die Realität ist wichtiger als Gerüchte“, sagte der Bundeskanzler in dem Interview. „Die Realität ist, dass Deutschland der größte Nato-Partner in Kontinentaleuropa ist, dass wir kontinuierlich unsere Streitkräfte stärken, dass wir ein sehr guter Partner sind.“

Unionsmann Frei belässt es allerdings nicht bei der Kritik an Schröder. Vielmehr richtet er den Blick nach Mecklenburg-Vorpommern. In dem Bundesland mündet die Nordstream-2-Pipeline.

Das Schröder-Putin-Netzwerk in Mecklenburg-Vorpommern

Mit einer Distanzierung von Schröder sei es für [die SPD\(https://www.focus.de/organisationen/spd/\)](https://www.focus.de/organisationen/spd/) und den Kanzler freilich nicht getan, denn der Ex-Kanzler „agiert ja nicht allein“. Bedeutsamer, als sich mit der Apanage von Schröder zu beschäftigen – seiner personellen und finanziellen Ausstattung als Ex-Kanzler – sei der Blick auf „das Schröder-Putin-Netzwerk in Mecklenburg-Vorpommern“. Schröder habe dort ein „Netzwerk etabliert, in dem gleich zwei Ministerpräsidenten eine entscheidende Rolle spielen“.

Die amtierende Regierungschefin Manuela Schwesig (SPD) habe eine „wesentlich von Gazprom finanzierte Stiftung“ etabliert, an deren Spitze der ehemalige Regierungschef Erwin Sellering (SPD) stehe. Deren Sinn sei es offensichtlich, Zulieferer der Pipeline „vor Sanktionen zu schützen“. Als Geschäftsführer bei Nordstream 2 agiere „als enger Schröder-Vertrauter“ der frühere Stasi-Offizier Matthias Warnig.

Dieses Putin-Schröder-Netzwerk führe dazu, „dass sich die SPD schon schwertut, überhaupt Ross und Reiter zu nennen“ in der Ukraine-Krise. „Schon gar nichts“ habe dies zu tun „mit wertegeleiteter Außenpolitik“. Hier spielt Unionsmann Frei auf die von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock vorgegebenen Ziele der deutschen Außenpolitik an.

Deren Ziel müsse es aber sein, „sich unmissverständlich an die Seite unserer Verbündeten zu stellen, insbesondere Amerika“. Deutschland dürfe nicht den Eindruck fehlender Verlässlichkeit erwecken, sich „zwischen den Welten“ zu bewegen. Es sei vielmehr „eindeutig Teil des Westens“. Dass dies überhaupt in Frage stehen könne, habe mit der „fehlenden klaren Distanzierung der SPD von Schröder“ zu tun. Und damit, dass Olaf Scholz „viel zu spät“ nach Washington gereist sei. Schließlich habe die Erklärung der Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht, mit der Lieferung von 5000 Helmen leiste Deutschland einen Beitrag für die Sicherheit der Ukraine, „zu hämischen Reaktionen“ bei Deutschlands Partnern geführt.

Scholz hatte Waffen-Absage bekräftigt: Haben „einiges zu bieten“

Vor seinem Abflug in die USA hatte Scholz seine Haltung bekräftigt, keine "lethalen Waffen" an die Ukraine zu liefern. Deutschland habe aber darüber hinaus „einiges zu bieten“, sagte er in einem Interview mit der ARD. So habe Deutschland seit 2014 „die größte wirtschaftliche und finanzielle Hilfe für die Ukraine“ geleistet.

Unions-Mann Frei reicht das nicht. Waffenlieferungen „kategorisch auszuschließen“, sei ein Fehler. „Unsere Partner gehen hier entschlossen voran.“ Großbritannien und **Polen**(<https://www.focus.de/orte/polen/>) liefern Waffen an die Ukraine. Auch aus Deutschland müsse die Lieferung etwa von Flugabwehr- und Panzerabwehrwaffen sowie Waffen zur Abwehr elektronischer Angriffe durch Russland „grundsätzlich möglich sein“.

Vor allem dürfe die Bundesregierung Lieferungen wie beispielsweise durch Estland nicht verhindern, so Frei. Bisher blockiert die Ampelkoalition die Lieferung von Haubitzen aus NVA-Beständen von Estland aus an die Ukraine. Die Bundesregierung dürfe außerdem das Ziel, mit zwei Prozent seines Bruttosozialprodukts zur Finanzierung der Nato beizutragen, „nicht durch ein neues Drei-Prozent-Ziel inklusive Entwicklungshilfe verschleiern“, sagt der Unionspolitiker Frei. Den Zwei-Prozent-Beitrag „hat der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier schließlich auf dem Nato-Gipfel in Wales versprochen“. Deutschlands Partner hätten „Anspruch darauf, dass Deutschland Wort hält“.

Und was ist, wenn die westlichen Verbündeten in den Katalog von Sanktionen gegen Putin und dessen Umfeld auch Schröder wegen seiner Schlüsselrolle in der russischen Rohstoffindustrie aufnehmen? Thorsten Frei: „Wenn Schröder solche Konsequenzen angedroht würden, dann hätte er sie auch zu tragen.“

© BurdaForward GmbH 2022

[Drucken\(\)](#)

Fotocredits:

dpa/Alexei Druzhinin/POOL SPUTNIK KREMLIN/AP, Reitz

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.